

Der Bodenfonds als Möglichkeit
des praktischen, ethischen Handelns
Juni 2003

Die Landlosen / Jesus und das Geld
Eine Auseinandersetzung mit zwei Veranstaltungen
Februar 1998

Getroffen und doch daneben?
Wie bringen wir uns und unsere Themen
sachlich, stilistisch und politisch richtig in
eine öffentliche Kommunikation ein?
Dezember 2006

Über die Schwierigkeiten, Ergebnisse eines individuellen
Erkenntnisprozesses in einen
allgemeinen einfließen zu lassen, ...
... über das Wirken von Karl Walker
Dezember 1975

www.tristan-abromeit.de

oooooooooooooooooooo

Hier:

Die Landlosen & Jesus und das Geld
Sind Kirchen antibiblische Vereinigungen?

Anlagen

Text Nr. 20.3

Anlagenverzeichnis

Die Landlosen & Jesus und das Geld / TA / Februar 1998

- 1 Wenn Zinsen Menschen zerstören (ökumenische Kurseelsorge)
- 2 Das „Wunder von Wörgl“ (historisches Experiment mit Alternativgeld)
- 3 Das Eigentum ist besiegt! (Erinnerung an Proudhon)
- 4 Mit Eintrittsgeld in den Wald? (Kommentar im Jahr 1976)
Eine Stimme aus dem vorigen Jahrhundert (H.H. Gossen zum Bodenrecht)
- 5 Forstämter machen dicht / Wird der Wald zur Ware? (kein Fortschritt zwischen 1976 und 1997 in der Waldwirtschaft, aber mehr Probleme wegen Verschuldung öffentlicher Haushalte)
- 6 Millionär kauft Regenwald (auch privat finanzierter Umweltschutz ist nicht ohne Probleme) / Landvolk lehnt Nationalpark ab / Arche Noah unerwünscht (zwei Stichworte die deutlich machen, daß sich die Ökologie nur schwer gegen die Grundrente durchsetzen kann)
- 7 Die Angst der Regierung vor der Wahrheit (eine Grundeigentümergruppe, die nach der Wende von der Entschädigung ausgeschlossen wurde, wehrt sich)
- 7a Bodenreform / Alteigentümer Plötzlich greift Theo Waigel ein
- 8 Grund und Boden gut fürs Gefühl (bei Währungsunsicherheiten setzt die Flucht des Geldes in den Boden ein)
- 9 /10 Wider Spekulanten und Banken: Ein einsamer Kämpfer (ein Schweizer gibt ein Beispiel)
- 11/12/13 Bodenrecht, Wohnrecht, Bodenschätze (aus Programmempfehlung von 1980 von T. A. für DIE GRÜNEN)

„Treff-Punkt Mensch“ oder die vielschichtigen Dinge, die das Rückgrat belasten

Wenn Zinsen Menschen zerstören

BAD SÄCKINGEN (ws). „Rückgrat haben in dieser Zeit“, so hieß das Leitthema bei der dritten Veranstaltung „Treff-Punkt Mensch“, die am Wochenende von der ökumenischen Kurseelsorge in Zusammenarbeit mit den Kurkliniken angeboten wurde.

Zur Eröffnung und Einführung sprachen am Freitagabend zunächst Pastoralreferentin Barbara Förster und Pfarrer Reinhold Grüning. Den Vortrag am Freitagabend hielt Hugo Gottschalk, Frankfurt. In neun verschiedenen Workshops am Samstag konnte je nach Neigung das (leidige Rücken-)Thema von verschiedenen Aspekten aus angegangen werden. Dazu gehörten sowohl Bereiche der Kunst und der Rhythmik, Bewegungs- und Wahrnehmungsübungen, als auch psychosoziale Themen. Mit nüchternen Fakten verdeutlichte Pfarrer Grüning

„Last wird immer größer“

die Problematik. Rückenschmerzen gehörten zu den häufigsten Symptomen in den westlichen Industrienationen und führten zu gravierenden sozioökonomischen Folgekosten. Die Zunahme sei „epidemieartig“. Offen bleibe allerdings die Frage nach der individuellen Ursache, die häufig im seelischen Bereich ihre Wurzel hätte.

Die psychischen Lasten, die wir auf unsere Schultern aufladen, könnten zu groß geworden sein. Aber das durchaus flexible Rückgrat versteife sich auch, weil sich ohnmächtiger Trotz gegenüber der eigenen Situation eingenistet habe. Man könne auch die Rückgratprobleme aus dem körperlichen Kontext herauslösen und darin ein Sinnbild unserer Gesellschaft sehen, so Grüning. Es könnte dabei durchaus um bisher tragfähige soziale Strukturen und Rechtsgrundlagen gehen, die „allesamt in Frage gestellt“ seien. Hier sei Widerstand angesagt.

Es gehe aber auch um die Themen Aufrichtigkeit und Gerechtigkeit, wobei der Theologe an die Bergpredigt Jesu erinnerte, die „ein Plädoyer für Gerechtigkeit“ sei und eine „realisierbare Vision“, daß



HUGO GOTTSCHALK: Zinsen sind Fremdkörper im System der Marktwirtschaft. Bild: Walter Sautter

Menschen aufrichtig untereinander sein könnten.

Auf psychische Zusammenhänge verwies auch Pastoralreferentin Förster. In der derzeitigen Gesellschaft breiteten sich zunehmend Ängste und Ohnmachtsgefühle aus, die mit Ursache für das Krankheitsbild seien. Dies zeige sich aus den Erfahrungen in der täglichen Praxis. Angst könne aber nicht nur erstarren und lähmen, sondern auch Energie sein. Sie forderte, das „Tabu des Schweigens über die Zusammenhänge“ müsse aufgebrochen werden. Dazu wolle die Kurseelsorge mit den Workshops einen Ort anbieten, an dem die Möglichkeiten dazu eingeübt werden könnten.

Eher indirekt mit dem „Rückenproblem“ schien der Vortrag „Geld oder Leben“ von Hugo Gottschalk verbunden, der als Volkswirtschaftler „über den Konstruktionsfehler unseres Geld- und Zinssystems“ referierte. Dies sollte, so die

Ankündigung, ein ungewöhnlicher, doch alle betreffender Akzent sein, denn ein Zusammenhang zwischen (drückenden) Rückenproblemen und volkswirtschaftlichen Themen werde nur vordergründig zunächst nicht vermutet. Allerdings seien die „leistungslosen Einkommen“, wie der Referent die Zinsen bezeichnete, eine bedrückende Belastung für diejenigen, die sie aufbringen müßten. Und das sei nicht nur die Mehrzahl der einheimischen Bevölkerung, wie Statistiken zeigten, sondern auch die Menschen in den Entwicklungsländern. Viele Menschen seien unter den Geldlasten gebrochen.

Zinsen, so die These, seien ein Fremdkörper in einer Marktwirtschaft, weil sie neben dem Zwang zum Wirtschaftswachstum Ursache der Verschärfung einer ungleichen Einkommensverteilung seien. Wir wachsen zwar, „aber Otto-Normal

„Lohn für Spielverderber“

verdiener partizipiert nicht daran“. Geld sei das „Blut der Wirtschaft“ und halte deren Kreislauf in Gang. Es mache Sinn, daß wir es haben, damit Angebot und Nachfrage zusammenkommen könnten. Allerdings hätten wir ein System, das den „Spielverderber“, der das Geld aus diesem Kreislauf herausnehme, durch Zinsen belohne. Schließlich bekomme Geld, so ein bekannter Bankmanager, seinen Wert erst durch den Faktor Zeit, der bedeute, daß es sich vermehre.

Zinsen seien bis ins Mittelalter „ein Teufelsding“ gewesen. In der Zwischenzeit seien sie aber hoffähig geworden. Das System habe sich jedoch nur halten können, weil es durch Kriege und Inflationen immer wieder „gerettet“ worden sei. Durch dieses System habe das Geld keine dienende, sondern eine herrschende Funktion. Dies müsse umgekehrt werden. Eine mögliche Therapie sei der Verzicht auf Zinsen und statt dessen das Erheben von Abgaben auf Reserven. Lösungsansätze, um „den Crash“ zu vermeiden, sah der Referent auch in der Schaffung von Ersatzwährungen, wie sie Tauschringe und Verrechnungsnetze bereits anboten.

Das "Wunder von Wörgl"

Östlich von Innsbruck, wo die Bahnlinien nach München und Wien sich trennen, liegt die Stadt Wörgl, die im August 1976 ihr 25jähriges Jubiläum als Stadt feierte. Krönung der Feierlichkeiten war am 28. August 1976 die Einweihung eines Denkmals für den früheren Bürgermeister Michael Unterguggenberger, der durch die Einführung des sogenannten Freigeldes im Krisenjahr 1932 die Welt aufhorchen ließ. Die "Wörgler Rundschau" vom 1. September 1976 bringt den Wortlaut der Gedenkansprache des derzeitigen Bürgermeisters Herbert Strobl, die wir nachfolgend auszugsweise wiedergeben.

"Im Weltwirtschaftskrisenjahr 1932 setzte Bürgermeister Unterguggenberger eine Tat, die die Welt aufhorchen ließ. Bürgermeister Michael Unterguggenberger versuchte durch die Ausgabe von beständigen Arbeitswertscheinen, des sogenannten "Schwundgeldes", nach der Theorie Silvio Gesells, der ausweglosen Finanzlage der Gemeinde und der ständig steigenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Die getroffenen Massnahmen beruhten auf der Überlegung, dass der langsame Geldumlauf die Hauptursache der Wirtschaftslähmung ist und jede Geldstauung eine Warenstauung und die Arbeitslosigkeit bewirke. Bürgermeister Unterguggenberger wusste, dass das Geld das Blut des Wirtschaftskörpers ist und dass dieses Blut gleichmässig und stetig durch die Wirtschaft fließen muss. Um nun den steten Umlauf des Geldes zu sichern und zu beschleunigen, wurden Arbeitsbestätigungsscheine herausgegeben, deren Inhaber monatlich 1% des Wertes als Notopfer in Form einer Klebe-Marke zu entrichten hatten. Das genügte, um die Scheine schnell von Hand zu Hand wandern zu lassen. Das Geld rollte!

Ausserdem wurde auch eine Rücklaufsteuer eingeboben. Wer Arbeitscheine nicht zur Zahlung im Orte verwendete und diese gegen Noten der offiziellen Währung umtauschte, musste 2% des Nennwertes von jeder Note als "Arbeitsbeschaffungsbeitrag" zurücklassen. Schon bald nach der

Einführung dieses Geldes zeichnete sich ein Erfolg ab, der ständig zunahm und grosses Aufsehen erregte. Viele andere Gemeinden beschlossen, dem Wörgler Beispiel zu folgen, und zahlreiche österreichische und deutsche Städte und Gemeinden schickten Vertreter nach Wörgl, die an Ort und Stelle den Verlauf der Aktion und die Ursachen zu dem "Wunder von Wörgl", wie man seinerzeit sprach, studieren wollten.

Auch die amerikanische Presse und der Rundfunk beschäftigten sich mit der Wörgler Aktion. In Wörgl selbst wurden mit diesem Schwundgeld verschiedene Bauvorhaben realisiert, u. a. wurde die Wildschönauer Strassenbrücke über den Wörgler Bach gebaut, die heute noch den Hinweis trägt: "Erbaut mit Freigeld im Jahr 1933 von der Gemeinde Wörgl".

Die Arbeitslosigkeit ging zurück, eine örtliche Kaufkraftverstärkung setzte ein und die Gemeindesteuern, ja selbst die Rückstände, wurden bezahlt. Das örtliche Wirtschaftsleben schien zu gesunden. Leider wurde die Wörgler Aktion bereits anfangs des Jahres 1933 von der Regierung mit der Begründung eingestellt, dass eine Verletzung des Banknotenprivilegs der Nationalbank vorläge.

Der Nachfolgebürgermeister, Landtagsabgeordneter Martin Pichler, schrieb im Jahre 1936 in seinem Nachruf für Michael Unterguggenberger:

"Unvergängliche Erinnerungen und ein nicht geringes Verdienst um Wörgl hat sich Unterguggenberger als freiwirtschaftlicher Erworben mit dem Versuch, durch Einführung des Schwundgeldes die finanzielle Notlage der Ge-

meinde zu bannen..." Nicht nur in Europa, sondern U. a. führt er auch aus: "Auf dem ganzen Erdball richteten sich die Blicke auf die kleine und mutige Gemeinde, die damit aus eigenem heraus ihren Haushalt in Ordnung zu bringen sich bemühte". In der Broschüre "Freiheit und soziale Gerechtigkeit", herausgegeben im März 1976 vom Verlag Neues Leben, wird zum Ende der Wörgler Aktion und deren Bedeutung angeführt: "Zuerst unternahm die Regierung nichts gegen dieses Experiment, weil sie glaubte, eine solche Utopie würde sich in der Praxis von selbst totdenken. Als aber nach Jahresfrist rund 150 Bürgermeister in Österreich, von dem grossen Erfolg in Wörgl stark beeindruckt, beschlossen das "Wörgler Geld" in ihren Gemeinden ebenfalls einzuführen, schritt die Regierung ein. Sie kapituliert vor der internationalen Hochfinanz, die in diesem Wörgler Beispiel eine grosse Gefahr für sich witterte. Wäre die Regierung damals nicht vor den mächtigen Finanzkreisen zurückgewichen, hätte sie fünf Jahre später auch nicht vor Hitler kapitulieren müssen". Viel wurde über das "Experiment von Wörgl" oder über "Das Wörgler Beispiel" wie die Bezeichnungen lauteten, geschrieben, und selbst heute noch, 40 Jahre nach dem leider allzu früh verstorbenen Bürgermeister Unterguggenberger langen immer wieder Anfragen und Zuschriften, die "Wörgler Aktion" betreffend, aus den verschiedensten Ländern der Welt beim Stadamt Wörgl ein. Der Name Unterguggenberger und die Tat dieses Bürgermeisters ist nicht in Vergessenheit geraten."

SR - Kommentare

Nr. 9 März 1977

2

Das Eigentum ist besiegt!

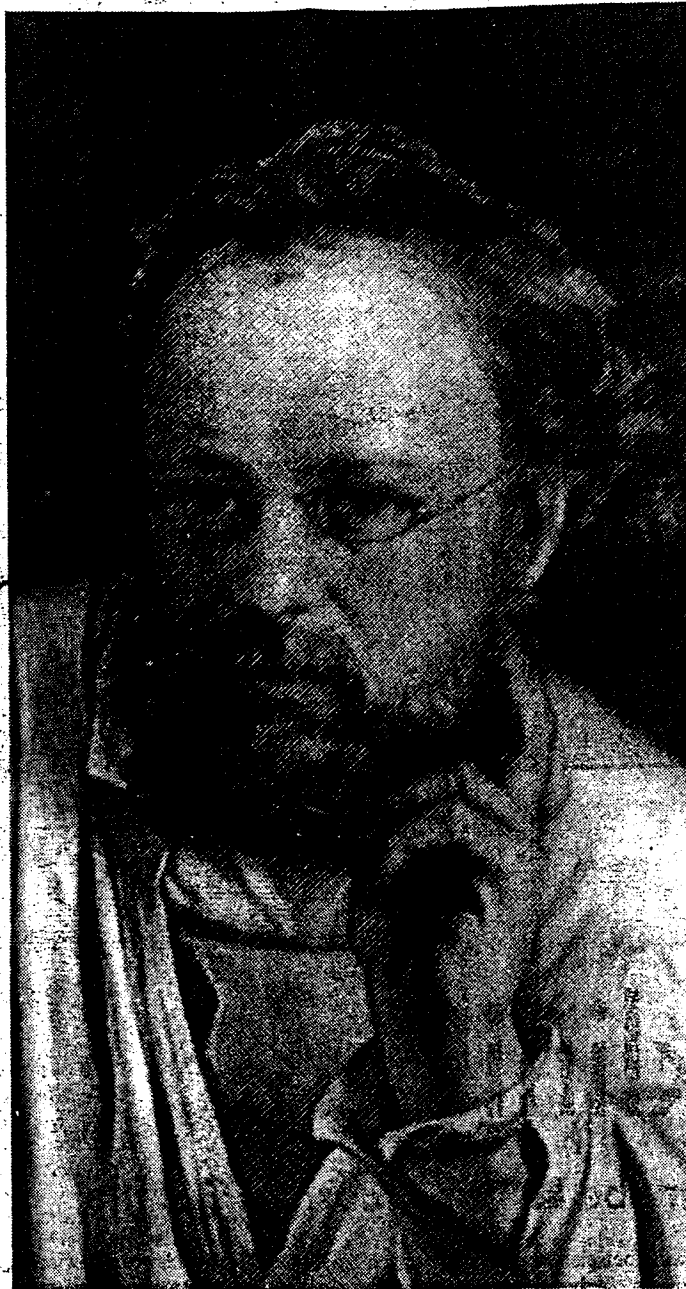
Vor 150 Jahren wurde Proudhons legendäre Schrift über das Eigentum von der Akademie Besançon abgelehnt. Kein Nachruf

Es mag unpassend, aber deswegen gerade an der Zeit sein, in diesen Tagen der Treuhänderei auf jene Jahresarbeit eines Stipendiaten der Suard-Stiftung hinzuweisen, die vor 150 Jahren unter großer Entrüstung von der wissenschaftlichen Akademie zu Besançon abgelehnt wurde. Das Thema der Abhandlung: „Was ist Eigentum?“ Die Conclusio: „Eigentum ist Diebstahl!“ Der Name des unglücklichen Stipendiaten: Pierre Joseph Proudhon, Ahnherr des libertären Sozialismus.

Den braven Akademikern muß es noch lange in den Ohren geklungen haben, was ihnen ihr damals schon 31-jähriger Zögling (als Sohn eines Faßbinders mußte Proudhon den zweiten Bildungsweg einschlagen) als Resultat seiner Studien aufsticht: „Wenn ich auf die Frage: ‚Was ist Sklaverei?‘ kurz antwortete: ‚Sie ist Mord!‘, so würde man meinen Gedanken sogleich verstehen. Mit wenigen Worten könnte ich zeigen, daß die Gewalt, welche die Gedanken, den Willen und die Persönlichkeit des Menschen knebelt, eine Gewalt auf Leben und Tod ist und daß somit ‚einen Menschen versklaven‘ gleichbedeutend ist mit ‚ihn morden‘. Warum also kann ich auf die Frage: ‚Was ist Eigentum?‘ nicht ebensogut antworten: ‚Es ist Diebstahl!‘, ohne allgemein unverständlich zu bleiben? Und doch ist dieser zweite Satz nur die Umschreibung des ersten.“

Und deswegen macht sich Proudhon auch ohne falsche Scham daran, seine einfache Wahrheit mit einem umfangreichen Apparat aus Axiomen, Prinzipien, Hypo- und Antithesen zu belegen, wie es sich für einen Suard-Stipendiaten gehört. „Wie nämlich“, so fährt er fort, „könnte Eigentum begründet werden? Weil irgend jemand zuerst an einem Ort war, der vorher keinem, also allen gehörte? Absurd! Denn wenn die ersten Besetzenden alles besetzt haben, was sollen dann die zuletzt Gekommenen besetzen? Eben weil die menschliche Gemeinschaft keine ‚Reise nach Jerusalem‘ ist, bei der die Zuspätkommenen die Dummen sind und bleiben, kann es ein Besitz-Recht nur auf das, was für unsere Arbeit und unseren Verbrauch ausreicht, geben.“

Wenn überhaupt. Denn auch Arbeit kann Eigentum nicht legitimieren. Zum einen sind die natürlichen Ressourcen etwas Gegebenes, also Nicht-Aneignungsfähiges; zum anderen eignet sich jede auch noch so individuelle Produktion immer eine „force collective“ an, eine Art systematischen Mehrwerts in der Gesellschaft, der die Summe der individuellen Arbeiten übersteigt. Folglich ist keine Arbeit individuell, ergo ist sie



Pierre Joseph Proudhon (1804-1849). Ausschnitt aus dem Ölgemälde „Proudhon und seine Kinder“ von Gustave Courbet, 1853-65.

als solche mit dem Besitz-Prinzip vereinbar.

So kann Proudhon all denen, die es normal finden, wenn Gemeineigentum durch einen vom Staat eingesetzten Verwalter an Private verkauft wird, entgegenhalten: „Was? Weil ein verschwenderischer, unkluger oder ungeschickter Minister die Staatsgüter verkauft, ohne daß ich dagegen Einspruch erheben kann, ich, der Mündel des Staates, ich, der ich weder beratende noch entscheidende Stimme im Staatsrat habe, deshalb soll dieser Verkauf gut und gesetzlich sein? Die Vormünder des Volkes verschwenden sein Erbteil, und man kann nichts dagegen tun. Und welch Aberwitz, sich vierzig Jahre nach der

werden. Karl Marx, ein frühreifer Zeitgenosse Proudhons, der 1840 mit dem Verassen schmachtender Gedichte beschäftigt war, lobte dessen Jahresarbeit „Qu'est-ce que la propriété?“ zwar zunächst noch als „erstes wissenschaftliches Manifest des Proletariats“, las dann jedoch etwas genauer nach und entlarvte den mittellosen Faßbindersohn später als Kleinbürger. Denn allerdings brauche, so Proudhon, der einzelne seinen Besitz, ohne den ihm „der ständige Arbeitsanreiz“ fehlen würde. Aber einen Besitz nach menschlichem Maß: Kooperativen, Genossenschaften, Handwerkskollektive und Einzelhändler.

Wenn ihr also schon Parteieigentum auflösen wollt, hätte Proudhon den Treuhändern gesagt, dann verteilt es gefälligst andie, die dafür vierzig Jahre geschuftet haben — und ohne Umweg über den Staat! Denn: „Wer hat das Recht, sie [die sozialisierten Ländereien, d. Red.] zu verkaufen? Selbst wenn das Volk Eigentümer wäre, kann die jetzige Generation die kommende aus ihrem Besitz verweisen? Das Volk besitzt als Nießbraucher; die Regierung regiert, überwacht, beschützt und vollzieht die Handlungen der verteilenden Gerechtigkeit; und wenn sie auch den Boden abtritt, so kann sie nur seinen Gebrauch überlassen; sie hat nicht das Recht, irgend etwas zu verkaufen oder zu veräußern.“ Weg mit Bitterfeld — her mit ein, zwei, drei, ganz vielen Netzwerken der Klitschen und Anti-Kombinate!

Nach 250 großformatigen Seiten besteht kein Zweifel mehr: „Ich habe die mir gestellte Aufgabe vollendet; das Eigentum ist besiegt und wird sich nie wieder erheben. Überall, wo diese Schrift gelesen und verbreitet wird, wird der Samen für den Tod des Eigentums gelegt. [...] Also werden sie sich in einer unerschütterlichen Bruderschaft vereinen, Große und Kleine, Gelehrte und Unwissende, Reiche und Arme; und alle zusammen werden sie die neue Hymne singen und Dir Deinen Altar errichten; Gott der Freiheit und der Gleichheit!“ Die Gelehrten der Akademie von Besançon errichteten allerdings zunächst eine einstweilige Verfügung und ein Publikationsverbot. Am 24. August, vor 150 Jahren.

Alexander Smoltczyk

Herstellung des natürlichen Zustands

(also der Enteignung der Aneignier) wieder vor einem Haus einzufinden und mit dem Grundtutel des längst verbliebenen Vaters sein „Recht“ einzufordern. Was ist denn nun das Zuwachs-Recht, das Recht der Erbfolge, das Recht der Schenkung usw. anders als das Recht, durch die einfache Okkupation Eigentümer zu werden.

Nicht, daß er ein Verfechter des Kollektiveigentums wäre — in dem nur Besitz-Herrschaft umgedreht und die Schwachen über die Starken herrschen würden. Die Gefahr eines Mißbrauchs des Eigentums kann nicht durch Verstaatlichung zur allgemeinen Zufriedenheit „aufgehoben“

Mit Eintrittsgeld in den Wald?

"Beim Betreten des Waldes ein Eintrittsgeld zu verlangen, widerspreche den Grundsätzen der Waldbesitzer; sie müßten aber einen finanziellen Ausgleich der Leistungen verlangen, die sie für die Gemeinschaft erbrächten. Das hat der Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsrates, Prof. Gerhard Speidel, in einem Gespräch mit Journalisten in Hannover erklärt." (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 15. 6. 76)

SG-KOMMENTAR: Wenn das Bundeswaldgesetz die Waldbesitzer verpflichtet, die Wälder für Erholungszwecke offenzuhalten, und wenn wir bedenken, daß bei dem geltenden Bodenrecht die Bodenrente dem jeweiligen Eigentümer zugute kommt, so ist diese Forderung berechtigt. Da das geltende Bodenrecht aber eine der Ursachen der Ausbeutung und der Vermögenskonzentration ist und zudem konsequente Wettbewerbswirtschaft nicht ermöglicht, können wir diesen Weg nicht gutheißen.

Bei der von uns geforderten Bodenrechtsreform, bei der die Bodenrente der Allgemeinheit zugute kommt, der Boden jedoch privatrechtlich genutzt wird, verringert ein von der Öffentlichkeit stark frequentierter Wald die abzuführende Grundrente. Der Waldbesitzer kalkuliert dann nämlich beim Angebot der Pacht die Kosten mit ein, die ihm durch öffentliche Nutzung des Waldes ertragsmindernd entstehen. Damit nun nicht zwischen dem öffentlich-rechtlichen Bodenfonds und dem privatrechtlichen Waldnutzer ein endloser Streit darüber entstehen kann, welche Kosten denn tatsächlich durch die Nutzung des Waldes durch Spaziergänger entstehen, ist es wichtig, daß die Verpachtung des Waldes im Wettbewerbsverfahren erfolgt.

Tristan Abromeit

Kommentare
zum wirtschafts-
und sozialpolitischen
Zeitgeschehen

SG

Nr. 9

März 1977

Eine Stimme aus dem vorigen Jahrhundert

Der Wirtschaftswissenschaftler Hermann Heinrich Gossen fordert, um eine wirkliche freie auf persönlichem Eigentum beruhende Wirtschaftsordnung zu sichern, eine radikale Bodenreform im Sinne einer völligen Verstaatlichung des Grund und Bodens. Es kommt ihm darauf an, die günstigste geographische Verteilung der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe zu ermöglichen. Alle Betriebe sollten den von ihnen als Standort oder als Anbaufläche benötigten Boden vom Staat pachten und sich nach ihrer Fähigkeit, Rente zu zahlen, im Raume streuen. Mit Hilfe dieser von Jahr zu Jahr wachsenden Renteneinnahmen des Staates könnten die Entschädigungen an die früheren Grundeigentümer im Laufe der Zeit getilgt werden. Außerdem befürwortet Gossen kreditpolitische Maßnahmen, die jedem schöpferischen Menschen die Möglichkeit geben, ein Unternehmen ins Leben zu rufen. (Zum Teil wörtlich zitiert aus: Prof. Dr. Siegfried Wendt "Geschichte der Volkswirtschaftslehre", Sammlung Göschen Band 1194, S. 107 ff)

SG-KOMMENTAR: Das ist eine Stimme aus dem vorigen Jahrhundert. Gossen lebte von 1810 - 1858. Im Prinzip haben wir seinem Vorschlag nichts hinzuzufügen.

Tristan Abromeit

Weil das Geld knapp ist: Land speckt beim Personal ab, Waldbauern möchten Eintritt kassieren

Im Staatswald machen 30 von 70 Forstämtern dicht

Hannover (vdB). „Wir wollen die Kosten senken und die Effizienz unserer Verwaltung stärken.“ Mit diesen Worten begründet Ministerialdirigent Gerd Janßen, ranghöchster Forstbeamter in Niedersachsen, warum die Landesforstverwaltung bei ihrer Neustrukturierung so kräftig aufs Tempo drückt. Schon zum 1. Oktober dieses Jahres sollen 30 von 70 Forstämtern geschlossen werden. Die Reform, so hofft die Landesregierung, wird die Aufwendungen für den Staatswald in jedem Jahr um einen zweistelligen Millionenbetrag reduzieren.

Im Großraum Hannover, wo derzeit noch fünf staatliche Forstämter existieren, werden sich künftig zwei die Arbeit teilen. Das Forstamt Fuhrberg im Nordosten des Kreisgebietes weitet seinen Zuständigkeitsbereich bis ans Steinhuder Meer aus, und das Forstamt Deister in Egestorf wird für die südlich des Mittellandkanals gelegenen Staatswälder verantwortlich. Überdies ragt das Forstamt Saupark, das seinen Sitz in Springe behält und um Teile der zur Auflösung vorgesehenen Forstamtes Copenbrügge vergrößert wird, in den Südwesten des Landkreises Hannover hinein.

Daß das Forstamt Fuhrberg erhalten bleibt, ist im wesentlichen auf das Engagement des SPD-Landtagsabgeordneten Michael Stolze zurückzuführen. Er hat eine Auflösung verhindert und so dazu beigetragen, daß es im Landkreis Celle künftig nur noch ein staatliches Forstamt geben wird, nämlich das in Unterlüß. Das Forstamt Wienhausen, das ursprünglich das Amt in Fuhrberg übernehmen sollte, wird geschlossen und auf die Ämter in Unterlüß und Fallersleben aufgeteilt.

Die neue Landkarte der Landesforstverwaltung läßt erkennen, daß im Regierungsbezirk Braunschweig folgende Forstämter aufgelöst werden: Spraken-schl. Peine, Lappwald, Lutter, Schönnungen, Einbeck, Escherode, Katlenburg und Radolfshausen. Bis zum Jahre 2001 wird die Zahl der Forstämter im Harz von zehn auf fünf halbiert. Im Bezirk Hannover trennt sich das Land von den Ämtern in Bienen, Dedensen, Syke, Rinteln, Copenbrügge, Duingen, Stadtholtdorf, Fürstenberg, Hardegsen, Holz-

minden und Seelzerthum. Im Bezirk Lüneburg werden die Forstämter Bleckede, Busschewald, Medingen, Osterel, Walsrode, Wienhausen und Osterholz-Scharmbeck geschlossen. Im Weser-Enns-Gebiet machen die Ämter Cloppenburg, Aurich und Bersenbrück dicht. Nur ein einziges Amt ist von der Reform nicht betroffen. Im Forstamt Sellhorn am Wilseder Berg bleiben Aufgaben und Grenzen unverändert bestehen. Das Landwirtschaftsministerium begründet dies mit dem Hinweis auf die besondere Funktion dieses Amtes für den Naturschutzpark Lüneburger Heide.

Die für den Solling erwogene Fusion der Landesforsten mit den Wäldern des Braunschweiger Kloster- und Studienfonds kommt nicht zustande. „Die politischen Widerstände waren zu groß“, sagt Ministerialdirigent Janßen, „hier war kein Einvernehmen zu erreichen.“

Mit der Vergrößerung der verbleibenden Forstämter verfolgt die Landesre-

gierung mehrere Ziele: Zum einen kann das Personal auf der Führungsebene effizienter eingesetzt werden. Dabei sollen sich große Einspareffekte ergeben. Zum zweiten können die Ämter künftig mit größeren Holzangeboten auf den Markt gehen. Damit trägt das Land der Konzentration in der Holzbranche Rechnung. Der durchschnittliche Holzschlag je Forstamt und Jahr steigt von derzeit 23 000 Festmeter auf 41 000 Festmeter, die bewirtschaftete Fläche von 3300 auf 9400 Hektar. Zum dritten soll die Strukturreform eine Spezialisierung der Forstbeamten erleichtern. Janßen möchte mehr Fachleute für Naturschutz, Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung haben, diese Arbeits-schwerpunkte aber nicht von jedem der 40 Forstamtsleiter erwarten.

Die Strukturreform sieht auch vor, daß in der Forstverwaltung eine Stufe der Hierarchie entfällt. Die vier Bezirks-

regierungen werden künftig im Wald nur noch für die hoheitlichen Angelegenheiten zuständig sein. Von 74 Forststellen bei den Bezirksregierungen werden 30 gestrichen und etwa 20 ans Ministerium in Hannover verlagert. Dies hat auch zur Folge, daß die Kompetenzen der Forstämter ausgedehnt werden. Zum Beispiel sollen sie die Holzvermarktung demnächst eigenverantwortlich abwickeln und sich dabei ihrer Hausbank bedienen.

Weil das Kabinett erst im April abschließend mit der Reform befaßt wird, will Janßen noch nicht genau sagen, wie viele der rund 1200 Planstellen für Beamte und Angestellte über kurz oder lang gestrichen werden. Er betont jedoch: „Niemand wird entlassen. Das meiste geschieht im Rahmen der Pensionierungen und der normalen Fluktuation.“ Doch eines sei auch klar: Der Wald werde auch in Zukunft nicht vernachlässigt.



Wird der Wald zur Ware?

Hannover (gm). Sollen Wanderer künftig Eintritt zahlen, wenn sie im Privatwald spazierengehen? Und müssen sich die Mountainbiker vor ihrer Fahrt über den Deister eine Erlaubnis bei dem Eigentümer abholen? Mit diesen Ideen hat sich der Hannoversche Landesforstverband (HLFV) in seiner Mitgliederversammlung am Dienstag in Hannover auseinandergesetzt. Die im HLFV vertretenen privaten Waldbesitzer, Forstbetriebsgemeinschaften und Forstgenossenschaften suchen nach neuen Wegen, die bisher von ihnen kostenlos für die Allgemeinheit erbrachten Leistungen mit den eigenen finanziellen Interessen in Einklang zu bringen.

Bisher halte der Waldbesitzer die Baumbestände, die Wanderwege, zahlreiche Holzbänke und Rastplätze auf eigene Kosten in Ordnung, erzählte Ralf Schickhaus, Revierleiter in der Freierhlich Kniggeschen Forstverwaltung in Bredenbeck am Deister. „Den Schrottwagen oder den Renovierungsmüll, der bei uns abgeladen wird, müssen wir entsorgen, als ob es uns gehörte“, schildert Schickhaus in einer Podiumsdiskussion seine Erfahrungen. Die Auflagen zum Naturschutz hinderten ihn außerdem häufig daran, wertvolle Bestände abzuholzen und zu verkaufen. Gleichzeitig seien viele Forstbetriebe von öffentlichen Zuschüssen abhängig.

„Ihre Branche muß stärker auf die Vermarktung der Dienstleistungen setzen, die Sie bis jetzt kostenlos auf dem Markt anbieten“, empfahl der Ökonom Volker Bergen von der Universität Göttingen seinen Zuhörern. Viele Menschen, die in der Natur Erholung suchen, seien auch bereit, für diese „Ware“ zu zahlen. Sein Kollege Maximilian Krott legte den Waldbesitzern nahe, mit den umweltfreundlichen Tourismus zu Reiseveranstaltern zu kooperieren, um fördern und sich so neue Finanzquellen zu erschließen. Erste Versuche, die Kosten für den kommunalen Wald genauer zu beziffern, macht die Stadt Goslar. Eigens vermerkt werden zum Beispiel die Posten für die Personalmittel, berichtete Oberstadtdirektor Georg Primus.

Das Dienstgebäude des Forstamtes Hannover in Wennigsen-Degersen hat bald ausgedient. Das Amt wird aufgelöst. Die zugehörigen Revierforstereien werden auf die Forstämter Fuhrberg und Deister aufgeteilt. Die von der Reform betroffenen Bediensteten brauchen nicht um ihren Arbeitsplatz zu bangen. Niemand von ihnen soll entlassen werden. Bubbil

Millionär kauft Regenwald

Douglas Tompkins will seltene Küstenregion schützen

Santiago de Chile (dpa). Sein Reich ist nur mit dem Flugzeug oder per Schiff zu erreichen, aber der US-Multimillionär Douglas Tompkins ist darüber glücklich: Er hat sich bewußt für dieses unwegsame 300 000 Hektar große Land entschieden. Denn Tompkins hat sich in den Kopf gesetzt, einen Teil des Regenwaldes zu retten. Und dafür hat er sich bereits mit der Lachsindustrie, die immerhin 700 Millionen Dollar umsetzt, angelegt. Er hat gegen amerikanische Forstprojekte, gegen ein australisches Aluminiumwerk prozessiert. „Er finanziert Umweltgruppen und möchte die Entwicklung einer ganzen Region verhindern“, klagt ein Sprecher von Chiles mächtigen Holzunternehmerverbandes CORMA in Santiago.

Der US-Multimillionär will in der walddreichen Region südlich des 42. Breitengrades einen Naturpark errichten. Mit 2,3 Millionen Hektar Naturwald wäre das Gelände nach dem Nordwesten Kanadas der zweitgrößte Überlebensraum der seltenen kühl-gemäßigten Küstenregenwälder. 1989 verkaufte Tompkins, Mitbegründer der Modemarke Esprit, einen Großteil seiner Anteile und wechselte mit 125 Millionen Dollar die

Fronten. In Südchile widmet sich der 53jährige seitdem der „Deep Ecology“, so der Name seiner Umweltstiftung mit Sitz in San Francisco. Für 16 Millionen Dollar kaufte er bis heute südlich von Puerto Montt, etwa 1200 Kilometer von Santiago, rund 300 000 Hektar Naturwald – ein Gebiet etwa der Größe Luxemburgs.

Die Gegend wird von einigen wenigen Fischern und Bauern bewohnt. Weiter nördlich hat sich, um die Insel Chiloe, Lachsindustrie angesiedelt. Holzfirmen haben allerdings ein Auge auf diese „Holzmine“ geworfen. „Ich habe dem Wald ein paar Jahrzehnte Atempause verschafft“, sagt Tompkins. 90 Prozent des Parks sollen ein Naturreservat werden. In den restlichen zehn Prozent sind Musterplantagen angelegt: Felder für ökologischen Anbau, Räume zur nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes. Den chilenischen Behörden sind die Ziele des Amerikaners suspekt. Kurzfristig ist mit Naturschutz kein Geld zu machen. Ein Parlamentsausschuß erklärte das Projekt sogar zu einer „nationalen Sicherheitsfrage“, da die Region an Argentinien angrenze. Aber so schnell gibt Tompkins nicht aus: Er kämpft weiter.

Landvolk lehnt Nationalpark ab

Lüneburg/Lüchow-Dannenberg (r). Mit einer Normenkontrollklage wollen sich die Landvolk-Kreisverbände Lüneburg und Lüchow-Dannenberg gegen die von der Landesregierung beschlossene Verordnung zum Nationalpark Elbtalau wehren. Der Lüchower Kreislandvolkvorsitzende und Landvolk-Vizepräsident Werner Hilse erklärte, nach dem zur Zeit gültigen Bundes- und Landesnaturschutzgesetz seien die Kriterien für die Ausweisung als Nationalpark nicht erfüllt. Danach könnten nur großräumige Naturlandschaften, die weitgehend unberührt sind, als Nationalpark ausgewiesen werden. Scharf kriti-

sierte Hilse die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn, die „mit beispielloser Arroganz“ über 3800 Einwendungen hinweggegangen sei. Es dränge sich der Verdacht auf, daß die Landesregierung mit der „Keule der Verordnung“ kurz vor der Landtagswahl ihr Prestigeobjekt durchziehen wolle. Hilse befürchtet, daß ein Großteil der heute noch landwirtschaftlich genutzten Flächen im Schutzgebiet den Bauern als Bewirtschaftungsgrundlage entzogen werden. „Mit je 50 Hektar verlorengegangener landwirtschaftlicher Nutzung geht mindestens ein Arbeitsplatz verloren.“

Deutsche Mühlen mahlen langsam – auch beim Naturschutz. Jetzt droht der Bundesrepublik ein Schaden in Millionenhöhe. Denn Bonner Politiker haben versäumt, europäisches in deutsches Recht umzusetzen.

Deutschlands Image als Musterland in Sachen Natur- und Umweltschutz ist angekratzt. Am 11. Dezember hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg die Bundesrepublik zu einer raschen Umsetzung der sogenannten Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie verdonnert, andernfalls drohe ein zweites Urteil mit einer Geldstrafe von

Arche Noah unerwünscht



Salzwiesen (links) mit Strandgrasnelken und Strandfliegen gehören ebenso zu den durch das europäische Recht geschützten Lebensräumen wie Dünenheiden, Hochmoore oder Auwälder. Auch Biber (mittleres Bild), Fischotter, Kammmolche und Flußperlmuscheln fallen unter die FFH-Richtlinie.

Die Angst der Regierung vor der Wahrheit

Es ist unübersehbar: Immer mehr Menschen begreifen, welche Ungeheuerlichkeit sich diese Bundesregierung zur Zeit der Wende geleistet hat. Kanzler Kohl hat das Parlament belogen, das Bundesverfassungsgericht wurde mit unwahren Behauptungen getäuscht und so hunderttausende von Deutschen um ihren Besitz gebracht.

Dies ist keine Miesmacherei durch politisch Andersdenkende. Im Gegenteil: Dies ist leider nichts anderes als die reine Wahrheit!

Hier die Tatsachen: Bundeskanzler Kohl äußert sich am 30. Januar 1991 in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag zum Wiedervereinigungsvertrag. Als es um die Rückgabe des Besitzes an das Bürgertum der Ex-DDR geht, das von den Kommunisten zwischen 1945 und 1949 enteignet und von Haus und Hof verjagt worden war, behauptet der Kanzler „Der Fortbestand der Maßnahmen zwischen 1945 und 1949 wurde von der Sowjetunion zu einer Bedingung für die Wiedervereinigung gemacht. Ich sage klar: Die Einheit Deutschlands durfte an dieser Frage nicht scheitern.“

In diesem Moment belügt der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland den Deutschen Bundestag!

Denn die damals Verantwortlichen wie US-Präsident Bush (in Aachen am 24. November 1995), UdSSR-Präsident Gorbatschow (am 5. Juli 1994 gegenüber dem britischen Historiker Norman Stone), die Außenminister Genscher (in seinem Buch „Erinnerungen“, S. 856), Schewardnadse (in einem Spiegel-Interview am 4. September 1994) und andere wichtige Zeitzeugen haben eindeutig erklärt, daß die Russen dies niemals von den Deut-

schen verlangt haben. Im Gegenteil: Alle waren sich einig, daß die Rückgabe von enteignetem Besitz an die ursprünglichen Eigentümer eine „innere Angelegenheit“ der Deutschen sei. Die zusammenbrechende DDR konnte keine Bedingungen mehr stellen.

Warum haben Mitglieder der Regierung den Geist des Grundgesetzes mißachtet?

Ganz einfach: Mit dem Verkauf des enteigneten Besitzes sollte die Wiedervereinigung finanziert werden. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Haussmann (FDP): „Die Vereinigung finanzieren wir aus dem Verkauf des volkseigenen Vermögens.“ Und da bediente man sich am Besitz der wehrlosesten Gruppe.

Würden Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble, Friedrich Bohl, Theo Waigel und Klaus Kinkel eingestehen, daß sie dieses üble Spiel betrieben haben – sie müßten zurücktreten.

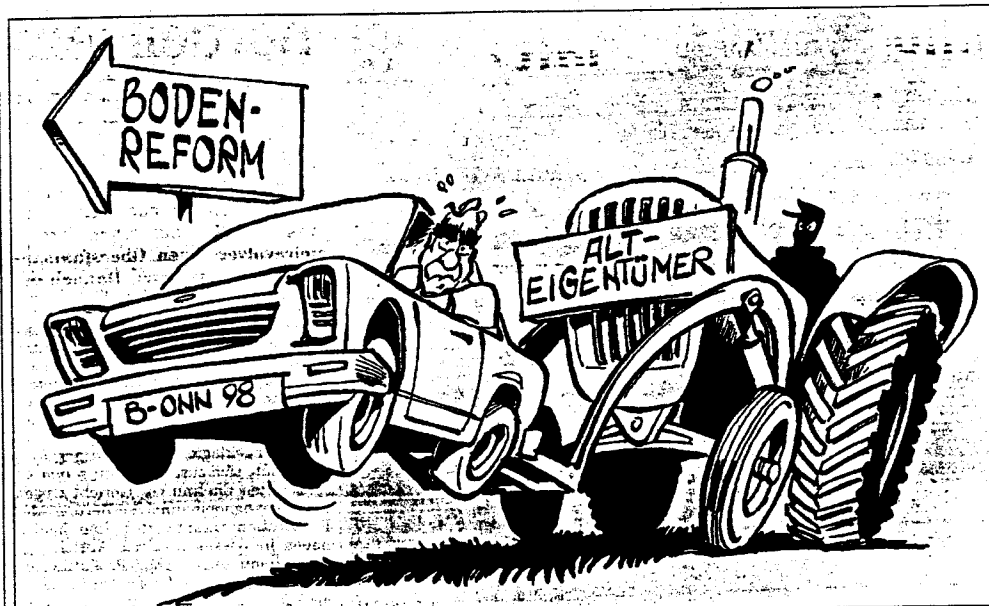
So will es der Rechtsstaat.

Ps: Erinnern Sie noch, daß Björn Engholm, ehemaliger Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, wegen einer weniger schwerwiegenden Lüge zurücktreten mußte?

Enteignungen
1945-1949

Nein!

Info: Heiko Peters (V.i.S.d.P.)
Große Bleichen 12/14
20354 Hamburg



Richtungskorrektur.

HA 2 25.2.98

Tomicek

Plötzlich greift Theo Waigel ein

Alteigentümer werden in der früheren DDR begünstigt / SPD-Politiker reagieren empört

VON THOMAS WÜPPER

Berlin. Es riecht verdächtig nach Wahlkampf. Pünktlich zur Landtagswahl in Niedersachsen am kommenden Sonntag ist der Streit um die ostdeutsche Bodenreform erneut heftig aufgeflammt. Viele Alteigentümer, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der sowjetischen Besatzungszone enteignet worden waren, flüchteten und ließen sich im Westen nieder. Seit der Wende in der damals noch existierenden DDR fordern sie zäh die Rückgabe des einstigen Grundbesitzes. Die Bundesregierung hatte eine Rückabwicklung der Bodenreform im Einigungsvertrag sowie im Vermögensgesetz ausgeschlossen; zudem wies das Bundesverfassungsgericht bereits zweimal Klagen der Alteigentümer ab.

Dennoch machen sich die niedersächsischen CDU und ihr Spitzenkandidat Christian Wulff, der gegen den Regierungschef und möglichen SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder antritt, seit langem für die Alteigentümer stark, zunächst allerdings mit eher bescheidenem Erfolg. Nun aber ist Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) aktiv geworden. Überraschend ließ er kürzlich den Verkauf der enteigneten Äcker und Wiesen in Ost-

„Bonner Ohrfeige für den Osten“

deutschland zum Teil stoppen. Gleichzeitig forderte der Arbeitskreis „Enteignungen 1945 bis 1949“ in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rupert Scholz weitreichende Vorfahrtsregeln für die Enteigneten beim begünstigten Rückerwerb einstigen Besitzes. Die Regierung, erklärte Scholz hocherfreut, habe die Vorschläge „Wort für Wort“ in Weisungen an die zuständigen Behörden übernommen.

Zwischen Rügen und dem Erzgebirge stößt das Vorgehen Bonns auf heftige Empörung. Es drohe eine „kalte Enteig-

nung“, wettet Brandenburgs Agrarminister Gunter Fritsch (SPD), und er spricht von einer „Bonner Ohrfeige für den Osten“. Harald Ringstorff, SPD-Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, schimpft: „Die CDU verrät ostdeutsche Interessen.“ In einer „Schweriner Resolution“, die alle Bundestagsabgeordneten aus dem Osten unterschreiben sollen, lehnt die SPD eine weitere Besserstellung der Alteigentümer ab. Die Partei fordert, daß der bisherige, erst nach langem Streit zustande gekommene Kompromiß zur Bodenreform unangetastet bleibt.

Ergebnis dieses Kompromisses waren das Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz (EALG) sowie die Flächenenerwerbsverordnung. Darin ist festgelegt, daß die unter der Sowjetherrschaft zwischen 1945 und 1949 Enteigneten, die nach dem Krieg Lastenausgleich erhielten, ein zweites Mal Geld für die verlorenen Ländereien bekommen. Überdies können sie ostdeutsche Äcker und Wälder stark verbilligt zurückkaufen. Damit indes gab sich die Alteigentümerlobby nicht zufrieden. Sie wendet sich gegen die Verwertung der Ländereien durch den Staat, sie versucht, politischen Druck auszuüben, und setzt dabei auch nennenswerte publizistische Mittel ein.

In Anzeigerserien unter dem Motto „Kohl, Waigel, Schäuble – Ulbrichts willige Vollstrecker“ wird die Bundesregierung der Hehlerei beschuldigt. Einen ähnlichen Ton schlug kürzlich in einem Leitartikel die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ an. Sympathien finden die Alteigentümer auch bei Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP). Er bezeichnete vor einem Jahr die von der Bonner Koalition geschaffene Rechtslage als „völlig unzureichend“.

Leichter als bisher sollen Enteignete künftig per Bonner Anordnung ostdeutsche Flächen kaufen können. So wird die Ausgleichsleistung, die das Bundesfinanzministerium erst vom Jahr 2004 an zahlen wollte, nun sofort auf den ohnehin begünstigten Kaufpreis angerech-

net. Zum Nachweis der Ortsansässigkeit genügt den überwiegend Westdeutschen nun ein Meldeschein. Das Kaufrecht zu Vorzugspreisen soll über Generationen weitergegeben werden können. Und bei gleichwertigen Betriebskonzepten erhält immer der Alteigentümer und nicht der auf der Fläche wirtschaftende, zumeist ostdeutsche Pächter den Zuschlag.

Fast buchstabengetreu erfüllt hat Bonn auch die Forderungen der Alteigentümer nach einem Stopp des Verkaufs der zu DDR-Zeiten „volkseigenen“ Äcker und Wiesen an „Nichtberechtigten“.

Vorzugspreise auch für spätere Generationen

Die zuständige Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) in Berlin wurde von der Weisung Waigels überrascht. Mehr als 150 000 Hektar ostdeutsche Wiesen und Forst privatisierte der Treuhand-Nachfolger allein 1997 und brachte dem Bund damit einen Gewinn von 320 Millionen Mark. 40 000 Hektar Wald und 7500 Hektar Forst wurden seit 1992 an Interessenten verkauft, die keine Vorzugspreise laut EALG bekamen. Ein Alteigentümer zahlt für einen Hektar Forst im Schnitt 1830 Mark, der Verkehrswert aber liegt bei 4550 Mark.

Den Alteigentümern waren die Verkäufe außerhalb des EALG immer ein Dorn im Auge; sie fürchten, daß am Ende bei der BVVG zu wenig Flächen für sie selbst zum begünstigten Erwerb übrigbleiben. Waigel hat die Verkäufe zum Verkehrswert trotzdem vorangetrieben, damit Geld in die Kassen der zum Teil hochdefizitären Treuhand-Nachfolger kommt.

Offenbar setzt die Koalition bei der Bundestagswahl am 27. September vor allem auf westdeutsche Stimmen. In den neuen Ländern, glaubt jedenfalls Ringstorff, werde die Koalition durch die neue Weichenstellung „massenhaft Wähler verlieren“.

HAZ 5.3.97

Europäische Währungsunion (IV) / Immobilien bieten Sicherheit gegen mögliche Inflationsgefahren

Grund und Boden gut fürs Gefühl

Die D-Mark geht, der Euro kommt, der Geldwert schwindet. Mit dieser einfachen Formel gehen derzeit manche Immobilienmakler auf Kundenfang. Wer ein Haus oder eine Wohnung kauft, sichert sich gegen die Folgen der Währungsunion ab – dieses Argument soll das Geschäft fördern. Aber auch ohne professionelle Überzeugungsarbeit denken viele Menschen in Deutschland darüber nach, ob sie sich durch Immobilien gegen die angedrohten Gefahren schützen sollen.

Umgekehrt gibt es Immobilieneigentümer, die auf einen „Euro-Boom“ am Grundstücksmarkt setzen und daher ihre Verkaufspläne zurückgestellt haben. Wer private Immobiliengeschäfte allein aus solchen Überlegungen heraus tätigt, handelt aber grob fahrlässig. Aus heutiger Sicht spricht wenig dafür, daß die Europäische Währungsunion wieder zu Inflationsraten wie in alten Zeiten führen und damit der teuerungsgeschützten Sachwertanlage zu neuem Glanz verhelfen wird.

Allerdings kommt es bei der Marktentwicklung in der nächsten Zeit nicht

nur darauf an, was mit dem Euro sein wird. Entscheidend ist vielmehr, welche Erwartungen die Menschen haben. Ängste vor einem weichen Euro und einer wiederaufflammenden Inflation können durchaus die Preise auf dem Immobilienmarkt beeinflussen. Die Frage, wie stark dieser Effekt ist und wie lange er anhält, kann niemand beantworten. Sollten sich die Ängste vor einem weichen Euro als unbegründet erweisen, kann dies schließlich irgendwann auch zu einer Gegenbewegung auf dem Markt mit sinkenden Preisen führen.

Derzeit sind die Bedingungen für einen Immobilienkauf in Deutschland außerordentlich günstig. Die Zinsen sind niedrig, und das entspannte Verhältnis von Angebot und Nachfrage hat die Preise rutschen lassen. Wer also ein Haus oder eine Wohnung erwerben will, sollte die Gunst der Stunde nutzen – Währungsunion hin oder her.

So viel ist klar: Die Ängste vor einer möglichen Geldentwertung dürfen den Immobilienmarkt in nächster Zeit stützen, möglicherweise sogar einen Preisanstieg auslösen. Für den Verkauf von



Immobilien bedeutet dies: Wer das Geld nicht sofort benötigt, kann sich noch etwas Zeit lassen. Dramatische Preisveränderungen sind aber so oder so kaum zu erwarten. Und wenn die Europäische Währungsunion doch noch scheitert, würde dies dem Immobilienmarkt den Euro-Bonus nehmen – ein Preisrückgang könnte die Folge sein.

Wegen der vielen Ungewißheiten sollte niemand den Euro zum einzigen oder

Mehrheit befürchtet Nachteile durch Euro

Insgesamt 59 Prozent der Deutschen befürchten, daß die Einführung des Euro als einheitliche europäische Währung im Jahr 1999 für Deutschland wirtschaftlich eher Nachteile bringt. Nur jeder fünfte Bundesbürger erwartet nach einer Forsa-Umfrage eher Vorteile. 8 Prozent glauben, der Euro werde keine Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben, 11 Prozent der Bürger sind unschlüssig. Bei der Repräsentativumfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa waren am 5. und 6. Februar mehr als 1000 Bürger befragt worden.

wichtigsten Entscheidungskriterium machen. Der Immobilienkauf und -verkauf ist für die meisten Menschen allein schon aus finanziellen Gründen so bedeutsam, daß keine Vermutungen und unbestimmte Ängste nicht den Ausschlag geben sollten. Der Euro ist nur einer von mehreren Faktoren, die den Markt beeinflussen. Wer sich zum Beispiel die weitere Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland anschaut, wird in langfristiger Sicht keine übertriebenen Vorstellungen vom Anstieg der Grundstückspreise haben.

Wer trotz allem die Sicherheit der Immobilie schätzt, aber nicht gleich ein ganzes Haus oder eine Wohnung kaufen will, sollte noch eine andere, viel einfachere Möglichkeit in Betracht ziehen: die Geldanlage in Fonds. Hier bieten sich besonders die offenen Immobilienfonds an, die bei jeder Bank zu haben sind. Vorteile:

- Man kann diese Anteile schon für geringe Beträge erwerben,
- sie lassen sich jederzeit zu Geld machen, und
- das Risiko wird breit gestreut, da das Geld der Anleger nicht nur in ein Gebäude, sondern in eine Vielzahl von Immobilien fließt.

Verantwortlich:
ALBRECHT SCHEUERMANN

18

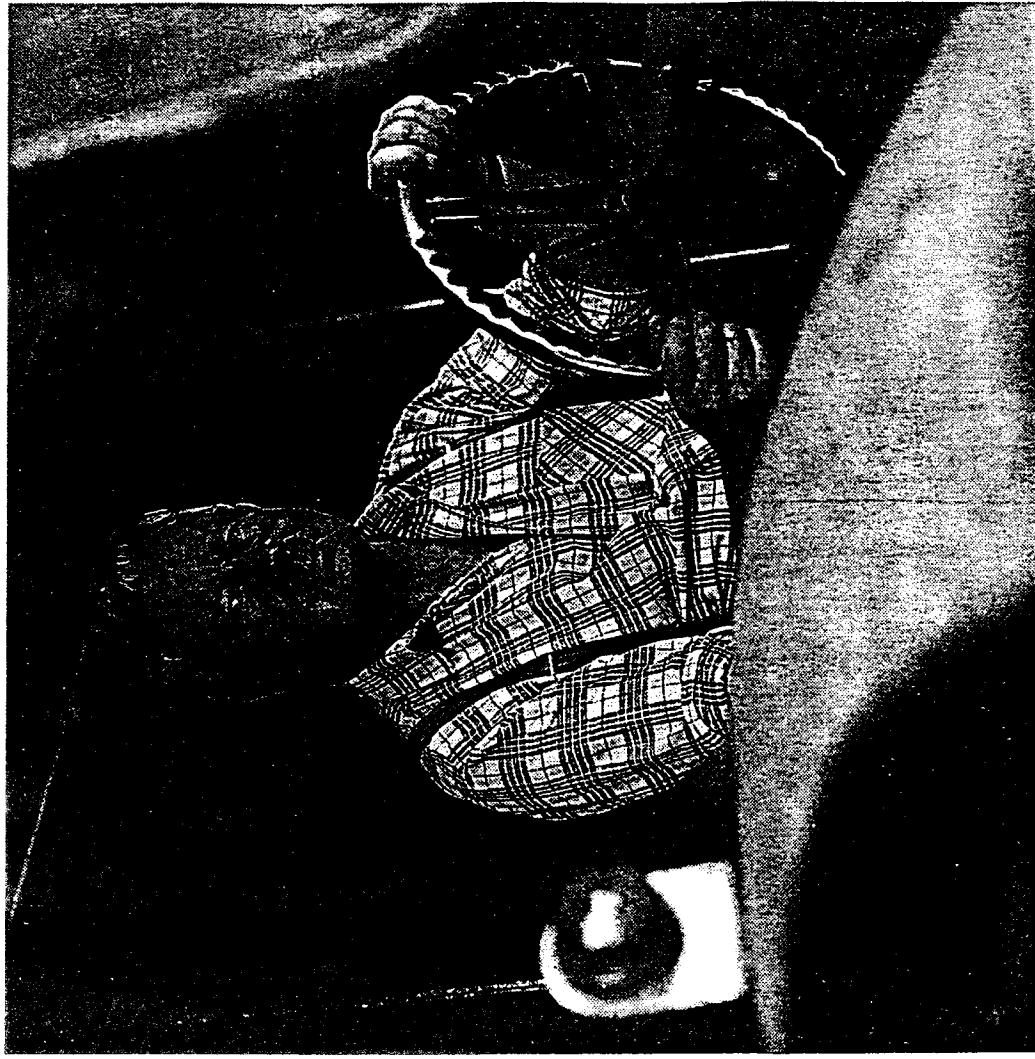
Wider Spekulanten und Banken: Ein einsamer Kämpfer

Von Charles Meyer • Mit einer Volksinitiative fordert Werner Schmid-Bieri eine Revolution im Schweizer Bodenrecht. Statt Eigentum sollen nur noch Bau- und Nutzungsrechte gelten

Wenn das, wovon er träumt, wahr wird, dann gibt es in der Schweiz Umwälzungen von ungeheurem Ausmass. Werner Schmid-Bieri läst das kalt, er lacht ob seiner eigenen Verwegenheit, aber ja, es stimmt. Wenn seine eidgenössische Volksinitiative durchkommt, und davon ist er überzeugt, dann gehen zwar auf einen Schlag 500 Milliarden Franken an Vermögen flöten, Vermögen, das vor allem den Banken gehört, aber der Rest der Schweiz wird hörbar aufatmen, das Bauen und das Wohnen wird um die Hälfte billiger.

Aus der Küche strömt feiner Bratengeruch, gleich zwei Uhren ticken sich der Mittagszeit entgegen, da schlägt die eine mit sonorem Glockenklang elf, aus der andern krächzt ein Kuckuck, und die drei Kanarienvögel im Käfig kreischen wacker mit. Werner Schmid-Bieri sitzt am Stubentisch, umgeben von Topfpflanzen, denn wo ein Lichtstrahl hinfällt, gibt seine Frau Verena einer Pflanze eine Lebenschance. Schmid-Bieri ist immer ein Arbeiter gewesen, zuerst Bauer, dann Dreher, noch heute mit seinen 73 Jahren geht er fast täglich zur Arbeit, denn so einen guten Dreher wie ihn hat sein Chef als Ablöser noch

keine. Die Idee von Mensch und Natur. Auf diesem fundamentalen Gedanken hat er seine Initiative entwickelt. «Der heutige Bodenbesitz soll in Nutzungs- und Baurechte übergehen, unantastbar, zeitlich nicht begrenzt. Der Boden soll von den Gemeinden verwaltet werden, Nutzungsrechte und Baurechtszins soll an die Gemeinde bezahlt werden.» Damit würden Bauen und Wohnen auf einen Schlag um die Hälfte billiger, denn im Durchschnitt macht der Bodenpreis rund die Hälfte des Hauspreises aus. «Was ist denn schon eigener Grund und Boden, wenn man ihn zu fast unerschwinglichen Zinsen durch die Banken finanzieren lassen muss?» (Grosse Ideen liegen meist weitab von der kleinlichen Realität in den Köpfen der Menschen. So erstaunt es kaum, dass der Arbeiter Werner Schmid-Bieri, bei welchem Politiker er auch immer anklopfte, zwar ein freundliches Lächeln, aber doch keine verbindliche Unterstützung für seinen Plan erhielt, nicht einmal eine klare Absage. Nicht die Linken, nicht die Grünen, nicht die IG Boden, die ehemaligen Streiter für die Stadt- und Land-Initiative aus dem Jahre 1988, welche damals zumindest den landwirtschaftlich genutzten Boden der Spekulation entziehen wollte, waren bereit, bei der Ausgestaltung der Initiative mitzudenken. So radikal,



Alexander Egger

Initiant Schmid-Bieri: «Wir sind ein Volk von Sklaven unserer Banken»

geerbt und ein wenig geerbtes Land verkauft. 400 000 Franken will der Mann für seine Initiative einsetzen, Geld, zum Teil nach altem Bodenrecht gewonnen, um die Vision des neuen Bo-

Produkte, Dienstleistungen billiger werden, die Arbeitslosigkeit würde sinken, die Schweiz wäre wieder konkurrenzfähig, das Leben erhielte neuen Schwung. Schmid-Bieri hat seine Vision.

Wider Spekulanten und Banken: Ein einsamer Kämpfer

in der Hälfte

nicht gefunden. Das Drehen macht ihm noch immer Freude, beim Drehen kann er gut nachdenken, die ganze Initiative mit all ihren schwindelerregenden Folgen hat er beim Drehen innerlich verarbeitet, jedes Argument Schritt um Schritt überlegt. Wenn die Schweiz seine Initiative nicht annimmt, dann weiss er nicht, wie ihr sonst noch zu helfen wäre.

Werner Schmid-Bieri, seit 36 Jahren in Lyss wohnhaft, «ganz wie in gleiche Wohnung», will die Probleme der Schweiz mit seiner Initiative von Grund auf lösen. Vieles, woran dieses Land momentan nagt, die hohe Arbeitslosigkeit, die Schwierigkeiten der Exportindustrie, das Ausbleiben des Aufschwungs, hat einen gemeinsamen Grund: die extrem hohen Bodenpreise. Das hat er schon immer gesagt.

Die Spekulation, welche in den vergangenen dreissig Jahren den Boden im Preis verzehnfacht hat, macht die Schweiz heute so teuer, so unbeweglich, so verflochten. Der hohe Bodenpreis schlägt in jedem Produkt zu Buche, in jeder Dienstleistung, im Kostenfaktor Arbeit, und wohin fließt das viele Geld? Da die meisten Böden mit Hypotheken belastet sind, zu den Banken. «Wir sind ein Volk von Zinszahlern geworden, Sklaven unserer Banken», sagt Werner Schmid-Bieri. Da braucht es eine radikale Umkehr.

«Der Mensch hat hier auf Erden keine bleibende Stätte», beginnt er und greift sich dabei an die Hosenträger mit Edelweiss-Muster. «Kein Mensch hat bei der Entstehung der Erde etwas geleistet. Daher soll er nur besitzen, was er selber erschaffen und erbauen kann. Der Boden gehört uns allen, ist Allgemeingut und die Lebensgrund-

wie sie daher kommt, wagt wohl niemand, sich dabei die Finger zu verbrennen. So machte sich der Mann alleine auf nach Bern, gewann dort die Sympathie eines Beamten, der ihm unentgeltlich einen lieb- und stichfesten Initiativtext verfasste, über den, so Werner Schmid-Bieri auch die zweite Hürde schafft, wir in ein paar Jahren abstimmen werden. «Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert: Artikel 22ter, Absatz 1... Das Eigentum an Gebäuden und an Fabriks- und gewährleistet. Grund und Boden ist Allgemeingut und Lebensgrundlage von Mensch und Natur. Er wird von den Gemeinden verwaltet...» Werner Schmid-Bieri lacht heiser. «Ich weiss mir plagierte, aber das mach ich ganz alleine.» Die zweite Hürde von Schmid-Bieris Traum wird allerdings schwieriger werden.

100 000 Unterschriften innerhalb der nächsten 18 Monate. «Ich bringe 300 000 Unterschriften», lächelt er trotzig. Für die Stadt- und Land-Initiative hat er seinerzeit ganz alleine 1200 Unterschriften gesammelt. Wenn nur hundert Leute so aktiv sind wie er... Aber naiv ist Schmid-Bieri nicht. Er wird seinen Traum, der sein Lebenswerk werden soll, nicht allein dem Enthusiasmus von hundert Leuten anheimstellen. «Meine Frau und ich», erzählt er, «haben ein Leben lang gespart. Wir haben kein Auto, gingen nie zusammen in die Ferien, da kommt mit der Zeit etwas zusammen.» Darüber hinaus hat er etwas Geld

denrechten zu finanzieren. 40 000 Franken hat er bis jetzt in einen FR-Mann investiert, notfalls macht er es wie Denner-Besitzer Karl Schweri, er lässt Unterschriften sammeln, gegen Bezahlung. «Wenn niemand helfen will, muss man es eben alleine machen.» Immerhin, ein kleines Initiativkomitee von Gleichgesinnten ist zusammengekommen.

Werner Schmid-Bieri ist sich im klaren, welches Risiko er da eingeht. Aber er hofft. Was ist schon der Verzicht auf sein Vermögen, wenn er damit der Schweiz wieder auf die Beine helfen kann. Sofern sie sich helfen lässt. Denn potenter Widerstand ist vorprogrammiert. Schliesslich, und das sieht er ganz klar, «will ich mit dieser Initiative die Banken ausschalten. Die haben uns ja reingelegt, das darf man schon sagen. Sie haben den Spekulant das Geld gegeben, haben so an der Preisschraube gedreht, haben so ohne die geringste Arbeit Mehrwert geschaffen. Aber Mehrwert entsteht nicht, wenn man ganz wie nur Zahle uleschreibt. Mehrwert entsteht durch Arbeit. Die Schweiz ist durch Arbeit hochgekommen, jetzt erstickt sie an der Spekulation.» So würden die Banken, wenn die Initiative durchkommt, da sie ja überall im Boden ihre Finger drin haben, um den «hinaufgeschriebenen» Mehrwert herunterkorrigiert, und das Volk könnte wieder atmen. Die Zinsen für den Bodenanteil der Hypotheken würden wegfallen, es würden Lebensmittel, industrielle

«Es hat noch nie eine Initiative gegeben, die der Volkswirtschaft so viel bringt, ethisch, sozial und geldmässig.» Und wenn die Banken dabei bankrott gehen? «Ach, die Banken», seufzt er, «laut der Wirtschaftszeitung «Cash» müssten die Banken in den letzten Jahren 500 Milliarden Verluste hinnehmen, weil die Immobilienpreise absackten. Sind sie deswegen ärmer geworden? Nach der Initiative würden sie nochmals 500 Milliarden verlieren, innert zehn Jahren, denn so lange dauert die Übergangsfrist. Das ist doch kein Problem für die.» Werner Schmid-Bieri hat sich das alles ganz genau überlegt, während der langen, einsamen Stunden an seiner Dreihbank. Auf jede Frage hat er eine Antwort, nicht immer gleich parat, manchmal muss er nachdenken, aber er findet sie, denn irgendwo in seinem Universum ist sie erdacht und gespeichert. Dass er damit in einer öffentlichen Auseinandersetzung, im schnellen Showdown der heutigen Politzscene kaum Erfolg haben wird, ist ihm auch klar. «Ich bin nicht «Arenaa-tauglich», sagt er. Und manchmal ist es zum Verzweifeln, wie wenig Einselen die Leute haben, wenn es darum geht, ihn zu unterstützen. «Man lässt mich laufen, in der Hoffnung, dass ich mich tolaufe.» Aber Niederlagen machen stark. So geht Werner Schmid-Bieri die nächsten 18 Monate auf Unterschriftenausammlung. Seine Frau Verena wird ihm dabei helfen. Verena kommt aus der Küche, wischt sich die Hände an der Schürze, das Zmittag für den Mann und die Grosskinder ist parat. Was sagt sie zu dem Abenteuer, in das ihr Mann seine Familie da stürzt? Sie lächelt verschmitzt. «Bis jetzt hei mer emu gäng als sällter zahlt.»

diese sind zu schatten durch:

a) Reduz:
abbau
kaler
und

b) Reduz:

3.3.2.5

Die off:

konne n:

Landwirt

Konkurre

der uner

lichkei

verband:

Mr. I di

für die

viel Ge

zu erha

präzide

Sie ein

bauern i

Subvent

Bauern

bekomme

elung

und bei

von die

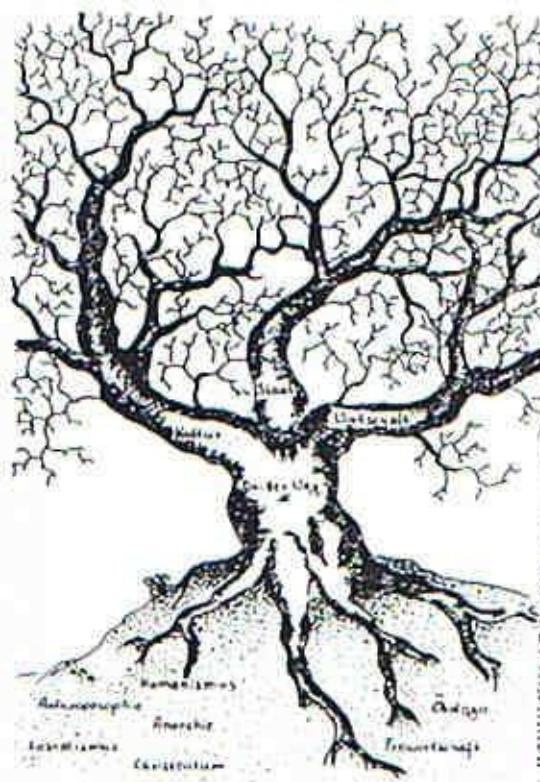
interni

der Qua

und höh

schaf

auch hier die Hauptursache für den Fremdkapital bringen. forne Reduzierung des Aufwandes für den Privileg der hewinge- Landwirtschaft kann aber auch nicht ein Privileg der hewinge- borenen Bauern bleiben. Das Wort Chancengleichheit für Bauern,



Arbeiter, Handwerker und Gelehrten-Tochter und -Söhne erspart hier lange Zielbeschreibungen.

Der Raubbau an den Fischbeständen durch Einsatz von massenhaften Einsatz von Großschiffeinheiten ist genauso unerträglich wie die willkürliche Ausdehnung der nationalen Hoheitszonen. Beide Maßnahmen sind dem Völkerfrieden abträglich. Die Chancengleichheit der Fischer verschiedener Nationen ist zu wahren oder wieder herzustellen. Dies kann z. B. dadurch geschehen, daß die von internationalen Grenzen festgesetzten Fangmengen meistbietend mit bestimmten Auflagen z. B. der Maschengröße der Netze veräußert werden. Die eingenommenen Gelder werden dann durch den Bestandschutz oder die Bestandsvermehrung (z. B. durch Fischzucht-Pilotprojekte) eingesetzt. Die Verwertung von hochwertigem Speisefisch für Mastzwecke muß durch den Abbau landwirtschaftlicher Subventionen erschwert werden. Die Beeinträchtigung der Fischvermehrung durch die Meeresverschmutzung muß durch einen besseren Meeresschutz abgebaut werden.

X

3.3.2.6 Bodenrecht, Wohnrecht und Bodenschätze (Rohstoffe)

Die Erdoberfläche ist nicht ausdehnbar. Das Kulturland - hier * für den Menschen nutzbares Land - ist beschränkt vermehrbar. Jede Parzelle, ob auf dem Lande oder in der Stadt, hat einen Monopolcharakter, der nicht aufhebbar ist. Für die Nutzung muß ein Entgelt, ein Knappheitspreis, die Bodenrente gezahlt werden. Bei der Pacht oder beim Erbbaurecht wird dieser Preis in fortwährenden Raten, beim Kauf in kapitalisierter Form gezahlt. Der Preis kann in der Wüste bei 0 liegen und in den Zentren unserer Großstädte astronomische Höhen erreichen. Je desto staatliche Aktivität beeinflusst den Bodenpreis. Die Schaffung eines subventionierten Großraumtarifes drückt z. B. den Preis für wirtschaftlich nutzbare Flächen in den Wohnrandgebieten nach oben.

Die Erhöhung oder Abflachung der Geburten und Einwanderungsrates wirkt sich auf den Bodenpreis aus. Bei Lösungsansätzen für das Bodenproblem ist aber genau zu unterscheiden zwischen

dem Boden (Eigentum) und dem, was durch Arbeit geschaffen wurde (z. B. Gärtnerei, Kulturen oder Häuser). Jedes neue Haus drückt den Preis für die Nutzung des Bodens nach oben und für die Nutzung von Wohnraum nach unten.

Ein neues Bodenrecht hat folgenden Ansprüchen zu genügen:

Freiheit: Die Existenzbedingung jedes einzelnen Menschen ist die Erde. Der Mensch ist nur dann frei, wenn er sich dort auf der Erde niederlassen kann, wo er glaubt, sein Lebensoptimum zu finden. Dieser Freiheitsanspruch verträgt sich nicht mit irgend einem Zuteilungssystem (auch nicht, wenn die Zuteiler demokratisch gewählt wurden). Dieser Freiheitsanspruch, auf den Boden bezogen, ist erst in nationalen Grenzen, dann mit der Tendenz "weltweit" zu realisieren.

Gleichheit: Jeder Mensch hat unterschiedlichen Bedarf an Boden, unterschiedlich nach Lage, Größe, Nutzungsart und Qualität. Die Gleichheit wird dadurch hergestellt, daß für unterschiedlichen Boden auch unterschiedliche Preise zu zahlen sind. Die Summe der Nutzungspreise pro Zeiteinheit, die Bodenrente, wird durch Abschöpfung zu gesellschaftlichen Einkommen. Derjenige, der den meisten Nutzen aus seinem Stück Boden gezogen hat, der hat dann auch den größten Einzelbeitrag zu diesem gesellschaftlichen Einkommen beizutragen.

Brüderlichkeit:

Nicht alle Menschen können den Boden produktiv nutzen und daher einen Nutzungspreis an die Gesellschaft entrichten. Dies sind insbesondere Kinder, von deren Anzahl außerdem die künftige Höhe des Nutzungspreises abhängt. Ein Vorschlag lautet daher, den Müttern nach Anzahl und Alter der Kinder die Bodenrente als Mutterrente zu lassen. Damit wäre nicht nur eine ökonomische Entlastung für die Familien gegeben,

sondern ein wesentlicher Beitrag zur Unabhängigkeit der Frau, zur Gleichstellung von Mann und Frau erreicht.

Ökologie:

Ökologische Prinzipien werden nur dann durchsetzbar sein, wenn staatliche Planungen bezüglich Parzellenzuschneide, Straßenführungen und Nutzungsgelände -verbote vermögensneutral gemacht werden können. Dies ist der Fall, wenn steigende oder fallende Grundrente sich in steigenden oder fallenden Nutzungspreis ausdrückt.

Für die Lösung der Bodenrechtsfrage gibt es verschiedene Wege:

- a) Kommunalisierung durch partiellen oder generellen Rückkauf und meistbietende Vergabe der Nutzungsrechte innerhalb bestimmter Plandaten.
- b) Aufkauf des Bodens durch Landesbodenfonds, sonst wie bei a).
- c) Steuerliche Abschöpfung der Bodenrente und ihrer Steigerung, die sich im Wertzuwachs der Parzellen ausdrückt, soweit dieser nicht inflationär bedingt ist.
- d) Die Nutzer- und eigentümerfreundliche Reform des Bodenrechts, wie sie von Jobst von Heynitz entwickelt wurde. Auch hier wird die Bodenrente neutralisiert. ⁸⁾
- e) Die Einleitung einer generellen gesetzlichen Bodenreform über die Schaffung von privatrechtlichen Konstruktionen von Bodengenossenschaften, wie sie Walker vorgeschlagen hat und wie sie von Ribi konzipiert wurden. ⁹⁾

Wohnrecht: Unsere Wohnungsprobleme sind nicht durch Zuteilung seitens der Behörden, durch Mietpreisstopp, durch Verschiebung der Rechte zu Lasten der Vermieter und zugunsten der Mieter oder durch Subventionen zu erreichen.

Bei dem Wohnrecht ist zu beachten: Der Zinsanteil in den Wohnungsmieten liegt bei 80 %. Das heißt, wenn der durchschnittliche Zinssatz mit marktkonformen Mitteln gegen Null gedrückt wird, kann sich auch noch die Sozialenpfängerfamilie eine Luxuswohnung leisten. Der Kostenunterschied zwischen Wohnung oder Haus im Eigentum und im Mietbesitz dürfte dann nur noch in der Höhe der Verwaltungskosten bestehen.

Außerdem wird der Mietpreis bei einer Dezentralisierung der Wirtschaft durch die geringere Nachfrage nach Wohnungen in den Ballungsgebieten unter Druck geraten.

Verträge kann es nur zwischen gleichgewichtigen Partnern geben. Sobald auf der einen Seite Abschluszwang statt Freiwilligkeit besteht, können wir nicht mehr vom Vertrag, sondern nur vom Diktat sprechen. Durch Gesetze (im Sinne des Gegenwartsmodells) einem Monopol der Vermieter eines Monopols der Mieter (z. B. durch ungleiche Kündigungsfristen und -gründe) entgegenzusetzen, vergiftet nur das gesellschaftliche Klima und schafft neue Probleme. Die Aufgabe des Gesetzgebers ist, Monopole aufzulösen und, wo dieses nicht möglich ist, sie zu neutralisieren.

So wie die ganze Erde allen Menschen und jeden Einzelnen gehört, so ist es auch mit den Naturschätzen. Nirgendwo gibt es eine stichhaltige Begründung dafür, daß Rohstoffe wie Öl, Kohle, Erze und andere, die nicht durch menschliche Arbeit geschaffen wurden, einer bestimmten Rasse, Nation oder Interessensgruppe Eigentumsmäßig zugesprochen werden könnten. Faktisch ist es aber so, daß überall, wo es Rohstoffe gibt, ein Schild steht: "Eigentümer X & Y z". Die Folge: a) kalter oder heißer Krieg und b) Lebens- und Wettbewerbs-Chancen-Ungleichheit zwischen den Völkern.

Nun ist es im Hinblick auf die Förderung der Entwicklungsländer und dem ökologischen Aspekt der Schonung der Rohstoffreserven eine schlechte Lösung, wenn internationale, bürokratische und korruptierbare Rohstoffpools gebildet werden, die dann willkürlich den Markt für Rohstoffe manipulieren

können. Auch ist es nicht erforderlich, daß staatliche Gesellschaften die Förderung übernehmen. Erforderlich ist, daß die Förderungsrechte mit Angaben über Mengen und Zeitraum, sowie Auflagen des Umweltschutzes meistbietend versteigert werden, und daß der so abgeschöpfte Förderzins zum internationalen Finanzausgleich verwendet wird.

3.3.2.7 Wettbewerb/Konzentration/Subventionen/Berufsmonopole

Wer nicht will, daß ihm Lebensmittel, Wohnung, Kleidung, Kisten, Weitanschaungen oder Berufsaufbahnen von Einzelersonen, Gruppen oder von Repräsentanten des Staates zugeteilt werden, muß für den Wettbewerb sein. Der Wettbewerb setzt nicht eine Gleichheit, sondern eine Chancengleichheit voraus. Auch ist die Freiwilligkeit ein Element des Wettbewerbes. Und umgekehrt: Freiheit ist nicht ohne Wettbewerb realisierbar. Wir sind aber weit davon entfernt, eine Wettbewerbs- und damit eine freie Gesellschaft zu sein. Kapitalismus kann nur da entstehen und sich halten, wo es Monopole gibt, und Monopole schließen Wettbewerb aus. Irrigeweise wird häufig die festzustellende Konzentration in der Wirtschaft dem Wettbewerb zugerechnet. In Wirklichkeit entsteht die Konzentration aufgrund des Zinsfaktors, der immer noch wirksam ist - auch bei den Multis - und sich nur deshalb bisher halten konnte, weil der Wettbewerb im Bereich von Boden und Geld und anderen Nebenbereichen unvollkommen ist.

Chancengleicher Wettbewerb ist durch Subventionen nicht herzustellen. Im Gegenteil, die Wettbewerbsverzerrungen werden im Regelfall größer. Das abhängig machende, Ungerechtheit schaffende politische Instrument "Subvention" wurde nur deshalb so ausgebaut, damit der Stachel des Kapitalismus in seiner Wirkung gemildert und verschleiert wurde. Konsequente Marktwirtschaft benötigt keine Subventionen.

Um mehr Wettbewerb und damit mehr Freiheit in unsere Gesellschaft zu bekommen, ist es auch erforderlich, daß die staatlich geschaffenen Berufsmonopole beseitigt oder gemildert werden. Das Sicherheitsbedürfnis des Publikums kann auch anders